



„Thüringen ist ein Bundesland, das vor großen Herausforderungen steht. Wir helfen, sie zu meistern.“

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Die erste rot-rot-grüne Koalition der Bundesrepublik Deutschlands ist 2014 angetreten, um im Freistaat Thüringen eine neue Art Politik zu gestalten. Nach zweieinhalb Jahren, genau zur Hälfte der Legislaturperiode, wird es Zeit eine Halbjahresbilanz zu ziehen.

Insbesondere in den Kernthemen der SPD wie Soziales, Arbeit, Wirtschaft und Bildung konnten wir wichtige Punkte für Thüringen umsetzen und die sozialdemokratische Handschrift des Koalitionsvertrages hervorheben.

Thüringen braucht dringend eine zukunftsfähige und leistungsstarke Struktur. Die aktuelle Kleinteiligkeit können wir uns auf Dauer nicht mehr leisten. Dafür haben wir bereits wichtige Entscheidungen auf den Weg gebracht, doch es gibt noch viel zu tun. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern werden wir unseren Freistaat für die kommenden Herausforderungen fit machen. Denn wir müssen auf den demografischen Wandel reagieren.

Dennoch darf unser Land schon jetzt stolz darauf sein, dass es seinen Menschen auch durch sozialdemokratische Politik so gut geht. Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist die geringste unter den neuen Bundesländern. Wir investieren viel Geld für Bildung. Wir konnten die Flüchtlingskrise gut bewältigen, kein Mensch musste in Zeltstädten schlafen.

Wir konnten aber auch mit vielen einzelnen Projekten in Thüringen viel erreichen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ab 2018 die Elternbeiträge für das letzte Kita-Besuchsjahr vom Land bezahlt wird. Mit dem Bildungsfreistellungs-gesetz haben wir den Beschäftigten in Thüringen einen Zugang zu Qualifikationsmöglichkeiten verschafft, der sich nun mit dem der anderen Bundesländer messen lassen kann. Und die Erhöhung der Landesjugendpauschale bietet die Chance zur Verbesserung der Jugend- und Sozialarbeit. Für uns gilt nach wie vor: Thüringen ist ein starkes Bundesland und das soll es auch bleiben.

Wir arbeiten daran.

Matthias Hey
Fraktionsvorsitzender

SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: (0361) 3 77 23 36

Telefax: (0361) 3 77 24 17

E-Mail: info@spd-thl.de

WWW.SPD-THL.DE

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772336 • V.i.S.d.P./Redaktion: Dorothea Marx, Parlamentarische Geschäftsführerin www.spd-thl.de • Gesamtherstellung: msb kommunikation Gotha, www.msb-komm.de • Stand: Juni 2017 • Fotoverweise: Titelbild: ©SPD • Vorstand: ©SPD • Breitband: ©Willy Brandt Haus/SPD • Altenburg: artefacti/fotolia • Bei der Polizei: ©SPD • Kinder: ©Ashton Bingham • Integration: ©Frank Gärtner/fotolia • Matthias Hey: ©SPD • Feld: ©SPD • Nicht für Parteizwecke und Wahlwerbung verwenden!



facebook.com/spdthl
twitter.com/spdthl

Online immer aktuell informiert:
SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

DIE SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Wir – das sind die zwölf Abgeordneten der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Thüringer Landtag.

Wir – das sind sechs Frauen und sechs Männer, die seit Beginn der 6. Wahlperiode im September 2014 mit klaren politischen Vorstellungen die Zukunft Thüringens aktiv mitgestalten.

Wir – das sind auch die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion und im Wahlkreis, die diese Arbeit fachlich begleiten sowie organisatorisch und inhaltlich unterstützen.

Der Fraktionsvorstand besteht aus dem Fraktionsvorsitzenden Matthias Hey, ihm stehen als stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Becker und Frank Warnecke zur Seite, sowie Uwe Höhn und Dorothea Marx als Parlamentarische GeschäftsführerIn.

UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR

Der **Rennsteig-Shuttle** fährt weiter – bis mindestens ins Jahr 2028. Dafür stellt die rot-rot-grüne Landesregierung die notwendigen Investitionsmittel bereit und die Bestellung der Strecke von Ilmenau zum Bahnhof Rennsteig für die nächsten elf Jahre eingeordnet.

Wir haben die Förderrichtlinien zum **sozialen Wohnungsbau** erneuert. Die Änderungen ermöglichen beispielsweise zinslose Darlehen und weitere Zuschüsse für einen belebteren sozialen Wohnungsbau.

Um MieterInnen vor schnell steigenden Mieten zu schützen, haben wir die **Mietpreisbremse** in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten eingeführt. Außerdem setzen wir uns für eine Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen ein.

Der Investitions- und Sanierungsstau an Schulen und Sporthallen ist ein großes Problem. Mit der Überarbeitung der **Schulbau-Förderrichtlinie** sollen Fördermittel zielgenauer und nachhaltiger eingesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, den Bund wieder an den finanziellen Belastungen für die **Rückstände des Kalibbaus** zu beteiligen und die Umweltbelastungen sukzessive zu verringern.

Um Thüringens Naturschätze zu erhalten, haben wir seit 2015 ein dauerhaftes Netz an **Natura-2000-Stationen** aufgebaut, die Schutzgebiete innerhalb der europäischen Union ausweisen.

Mit dem Thüringer Windenergieerlass kann künftig auf maximal einem Prozent der Landesflächen Windenergie gewonnen werden. Außerdem haben wir das **1000-Dächer-Programm** zum neuen **Förderprogramm Solar-Invest** weiterentwickelt, um bspw. Erneuerbare Energien auch für Mieter zugänglich zu machen.



Die Thüringer Landesregierung hat ein eigenes **Hilfsprogramm für die Landwirtschaft** in der Milchkrise zusammengestellt, dazu gehören: Bürgerschaftsprogramm, Kreditmediator und Bodenbevorratung. Allein für das Bürgerschaftsprogramm stehen 2016 und 2017 100 Millionen Euro bereit.

Wir wollen ein echtes **Azubi-Ticket für ganz Thüringen**. Das Azubi-Ticket soll künftig Auszubildenden die Möglichkeit geben, kostengünstig den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, um zum Schulstandort oder zum Ausbildungsunternehmen zu fahren. Das betrifft auch junge Menschen im Freiwilligendienst sowie Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 11 und 12.

Die Jagd soll sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen orientieren und den neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Tierschutz und Lebensmittelhygiene Rechnung tragen. Dazu wollen wir das **Jagdggesetz** novellieren.

Das **Thüringer Wassergesetz** wird erneuert, damit fließende Gewässer sich naturgemäß entwickeln können und weniger belastet werden. Dazu gehört etwa, einen Abstand zwischen Feldern und Gewässer festzuschreiben, um die Belastung durch Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu verringern.

Im Dezember 2016 hat der Thüringer Landtag beschlossen, das **Grüne Band als Nationales Naturmonument** auszuweisen. Mittlerweile liegt dazu ein Gesetzentwurf vor. Das künftige Nationale Naturmonument Grünes Band Thüringen erstreckt sich auf einer Länge von 763 Kilometern und soll die Flächen zwischen der jeweiligen Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hessen, Bayern und Sachsen und dem ehemaligen Kolonnenweg umfassen.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS 6/1

Der 4. November 2011 ist ein einschneidender Tag in der jüngeren deutschen Geschichte. Es war der Tag, an dem die Leichen zweier Männer, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, in einem brennenden Wohnmobil in Eisenach gefunden wurden. Währenddessen führte man die Explosion eines Wohnhauses in Zwickau auf Beate Zschäpe zurück. Nach und nach fügte sich so das Bild des rechtsterroristischen Netzwerks des NSU zusammen – verantwortlich für eine langjährige Mordserie an MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund, Sprengstoffanschläge, eine Serie von Banküberfällen. Außerdem wurde ein Zusammenhang zu einer in Heilbronn ermordeten, aus Thüringen stammenden Polizistin festgestellt.

Verbrechen des NSU könnten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität stehen.

Bisherige Untersuchungen zeigen, dass eine enge personelle Vernetzung von Akteuren aus der extrem rechten Szene in verschiedene kriminelle Subkulturen, wie das Rockermilieu und andere organisierte kriminelle Strukturen, bestanden hat und bis heute besteht. Es ist nun die Aufgabe des Ausschusses zu untersuchen, ob und wie weit eine mangelhafte Beobachtung und fehlende Herstellung von Querverbindungen durch die zuständigen Justiz- und Sicherheitsbehörden ein weiterer Grund für die langjährige fehlende Aufdeckung der Verbrechen des NSU und seiner Unterstützer gewesen sein kann.

Verloren gegangenes Vertrauen in den Rechtsstaat kann nur dann wiederhergestellt werden, wenn das Behördenversagen bei der Aufdeckung des NSU-Netzwerks komplett aufgeklärt wird und die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Den Vorsitz hat die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx, Obfrau ist die SPD-Abgeordnete Birgit Pelke. Gemeinsam setzen sie sich für die hartnäckige und lückenlose Aufklärung ein.

Seit 2012 beschäftigt sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss damit, aufzuklären, warum diese Zusammenhänge nicht früher erkannt wurden, obwohl man seit 1998 mit Haftbefehlen nach den drei Genannten gefahndet hatte. Die mit Verbrechen des NSU im Zusammenhang stehende organisierte Kriminalität ist ein weiteres Kernthema.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS 6/2 & 6/3

Neben dem NSU-Untersuchungsausschuss 6/1 beschäftigen die SPD-Fraktion zwei weitere Untersuchungsausschüsse.

Im UA 6/2 klären die Abgeordneten die Umstände rund um das „wilde“ Aktenlager in Immelborn und dessen Räumung. Diese hatte der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TlfdI) veranlasst. In dem verlassenen Firmengebäude einer insolvent gegangenen Archivierungsfirma lagerten schätzungsweise eine Viertelmillion Aktenordner mit persönlichen Daten wie Patientenakten, Personalakten von Unternehmen und weitere Firmenakten.

In einer Archivierungsfirma lagerten schätzungsweise eine Viertelmillion Aktenordner mit persönlichen Daten wie Patientenakten, Personalakten.

Nach einem Tipp im Juli 2013 begann der Thüringer Datenschutzbeauftragte die Akten zu sichten und schrittweise an die Einlagerer zurück zu geben. Vollständig geräumt wurde das Lager dann Anfang 2015 mit Hilfe eines ehemaligen Gründers der Archivierungsfirma. Für den

Untersuchungsausschuss „Aktenlager Immelborn“ 6/2 sind aus der SPD-Fraktion die Abgeordnete Diana Lehmann als Obfrau und der Abgeordnete Uwe Höhn als weiteres Mitglied benannt.

In dem Untersuchungsausschuss 6/3 klären die SPD-Abgeordneten Frank Warnecke und Birgit Pelke auf, ob der Thüringer Justizminister Dieter Lauinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sein Amt womöglich für private Zwecke genutzt hat. Der Untersuchungsausschuss wurde im September 2016 eingesetzt, nachdem der Sohn des Ministers aufgrund eines Schulbesuches im Ausland von der besonderen Leistungsfeststellung zum Ende der 10. Klasse durch die Schule zunächst befreit wurde.

Das Bildungsministerium hob die aus seiner Sicht rechtswidrige Genehmigung später auf, gab aber nach einer Beschwerde des Vaters Lauinger doch sein Einverständnis.

ENQUETE-KOMMISSION

„Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

Zur Halbzeit der Legislaturperiode nimmt die Enquete-Kommission ihre Arbeit auf. Sie soll unter anderem herausarbeiten, wie Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Abstammung oder ethnischer Zugehörigkeit das demokratische Zusammenleben gefährden. Dabei gilt es auch, die Ursachen für die Entstehung solcher Einstellungen zu ergründen. Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Diana Lehmann in der Kommission sitzen.

Die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Rassismus war im Abschlussbericht des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses gefordert worden. Anders als klassische parlamentarische Ausschüsse arbeitet die Kommission unabhängig von aktuellen Themen und stellt sich Fragen grundsätzlicher und von gesellschaftlich bedeutender Natur. Damit bildet die Kommission ein wichtiges Fundament für die zukünftige politische Arbeit im Kampf gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

DIE POLITISCHEN SCHWERPUNKTE DER SPD-FRAKTION

VERSPROCHEN UND GEHALTEN!



Der Vorstand der SPD-Fraktion: V.l.n.r.: Uwe Höhn, Dorothea Marx, Matthias Hey, Frank Warnecke, Dagmar Becker; Statue: Willy Brandt

ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT, FRAUEN UND FAMILIE

Das **Landesprogramm Arbeit für Thüringen** haben wir weiterentwickelt, um besonders Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderungen in Arbeit zu bringen.

Das Landesarbeitsmarktprogramm konnten wir um den Punkt **Öffentlich geförderte Beschäftigung (ÖGB)** erweitern. Es beinhaltet 700 geförderte Stellen als ersten Schritt zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt.

Erhöhung des Landesblindengeldes – rückwirkend zum 1. Juli 2016 um 50 Euro auf 320 Euro. Weitere Erhöhungen für 2017 und 2018 beschlossen. Es gibt 100 Euro zusätzlich für Taubblinde seit dem 1. Juli 2016.

An der **Einrichtung der Stiftung Anerkennung und Hilfe** waren wir maßgeblich beteiligt. Die Stiftung ist für Menschen, die zwischen 1949 und 1975 in der Bundesrepublik Deutschland oder zwischen 1949 und 1990 in der DDR als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben.

Der **7. Thüringer Landeskrankenhausplan** steht für wohnortnahe und moderne Versorgungsstruktur. Er gilt seit dem 1. Januar 2017. Damit tragen wir den demografischen Veränderungen Thüringens, sowie der Entwicklung moderner Medizin Rechnung. Der 7. Thüringer Krankenhausplan enthält

erstmalig feste Qualitätskriterien. Weitere Ergänzungen für die Bereiche Geriatrie, Hospiz und Palliativmedizin sollen folgen.

Um Engpässen bei der Hebammenversorgung zu begegnen, wurde im Dezember 2015 **der Runde Tisch Geburt und Familie** eingerichtet. In regelmäßigen Diskussionsrunden wurden acht Maßnahmen erarbeitet um eine gute Versorgung durch Hebammen im Freistaat zu sichern und deren berufliche Situation zu verbessern.

Um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu verbessern setzen wir uns dafür ein, dass auch im Einzelhandel ArbeitnehmerInnen an Wochenenden und Sonn- und Feiertagen Zeit mit ihren Familien verbringen können. Deshalb gab es von uns bei allen Versuchen, die Sonntagsarbeitszeit auszuweiten oder von den im Thüringer Ladenschlussgesetz festgeschriebenen zwei freien Samstagen abzurücken, eine klare Absage.

Wir stehen für **mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche**, sowie mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und Verbesserungen in der Jugendarbeit, Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre für die Kommunalwahl und der Ausbau anderer Beteiligungsformen auf kommunaler und auf Landesebene. Die Landesregierung erarbeitet dazu gerade die „Landesstrategie Mitbestimmung“.



HALBJAHRESBILANZ 2014 – 2017



WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND DIGITALE GESELLSCHAFT

Wir haben die ehemalige Staatliche Studienakademie Thüringen zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach weiterentwickelt. Die nunmehr **zehnte Thüringer Hochschule** trägt durch ihre bessere Verzahnung zwischen Studium und Beruf zur regionalen Wertschöpfung bei. Dazu haben wir zehn neue Professorenstellen und weitere Stellen für Laboringenieure geschaffen.

Mit dem Projekt „**Zukunft Thüringer Wald**“ wird die Entwicklung des Thüringer Walds erstmals ganzheitlich betrachtet, um touristische Wertschöpfung zu erzielen. Um die Region als Ganzes zu stärken, werden wir auch die Infrastruktur verbessern und die Ansiedlung von Industrie vorantreiben.

Mit der Hochschulrahmenvereinbarung IV haben wir den **Wissenschaftsstandort Thüringen** gestärkt und die Finanzierung der Hochschulen für die Jahre 2016 bis 2019 sichergestellt. Außerdem erhalten die Hochschulen Fördermittel mit einer jährlichen Steigerung von vier Prozent innerhalb der nächsten vier Jahre, insgesamt 160 Millionen Euro zusätzlich.

Gemeinsam mit allen hochschulpolitischen Akteuren, Rektoren, Promovierenden, Studierendenvertretungen und Gewerkschaften konnten wir die Eckpunkte für ein **modernes Thüringer Hochschulgesetz** entwickeln und es auf den Weg bringen.

Die **Tourismusstrategie 2025** soll Thüringen zu einem profilierterem und beliebtem Reiseziel machen. International bekannte Leitmarken wie Weimar, die Wartburg oder der Rennsteig sollen so vermarktet werden, dass der gesamte Thüringer Tourismus davon profitiert.

Wir haben die **Breitbandversorgung** in Thüringen verbessert: Wir haben dafür gesorgt, dass in Thüringen mittlerweile 82 Prozent aller Haushalte über eine Verbindung von mindestens 30 Mbit/s verfügt. Die Zahl der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s wurde auf 75 Prozent gesteigert. Wir unterstützen Kommunen zudem finanziell und organisatorisch dabei, das Breitbandförderprogramm des Bundes zu nutzen.

Wie umgehen mit Big Data, der Digitalisierung von Bildung, Arbeitswelt und ländlichem Raum? Wir wollen **die digitale Gesellschaft gestalten**. Dazu haben wir gemeinsam mit Experten in einer Digitalisierungskonferenz Positionen dazu entwickelt. Wir werden ein Digitalisierungsstrategie erarbeiten, bei der wir uns auf die Themen „Mittelstand 4.0“, „Digitale Landesentwicklung“ und „Bildung und Forschung digital“ konzentrieren.



BILDUNG, JUGEND UND SPORT

Ab dem 1.8.2017 werden LehrerInnen bis 47 Jahre in Thüringen wieder verbeamtet. Damit machen wir den Lehrerberuf im Freistaat attraktiver und sorgen dafür, dass Thüringen im bundesweiten Wettbewerb um **qualifizierte Nachwuchspädagogen** besser mithalten kann.

Seit dem 1.1.2016 haben auch die Thüringer ArbeitnehmerInnen dank des **Bildungsfreistellungsgesetzes** einen Rechtsanspruch auf bezahlte Beurlaubung zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen.

Mit dem neuen Erwachsenenbildungsgesetz erhöhen wir die Angebotsvielfalt des lebensbegleitenden Lernens und stocken die Landesförderung für die **Erwachsenenbildung** deutlich auf.

Der neue **Landesjugendförderplan** stärkt die Arbeit der Jugendverbände in Thüringen. Das Land fördert damit mehr Jugendverbände und sichert langfristig eine größere Trägervielfalt.

Ab 2018 wird in Thüringen das letzte **Kita-Jahr** vor dem Schuleintritt beitragsfrei sein. Damit entlasten wir die

Familien im Freistaat und stärken die frühkindliche Bildung.

Ab 2018 wollen wir noch **mehr LehrerInnen** in den Schuldienst einstellen, da dann weit mehr PädagogInnen als bisher in den Ruhestand gehen werden. So setzen wir ein Zeichen gegen Stundenausfall und für eine bessere Unterrichtsabdeckung.

Wir wollen die Jugendpauschale von derzeit 12 auf 15 Millionen Euro zu erhöhen. Damit die Landesmittel dauerhaft in diesem Umfang fließen, wollen wir die Jugendpauschale, aber auch ihre Förderungshöhe, in einem Gesetz festschreiben. Um **Qualität in der Jugendarbeit** zu sichern, wollen wir darüber hinaus die tarifgerechte Entlohnung in der Richtlinie verankern.

Der organisierte Sport ist die größte zivilgesellschaftliche Gruppe in Thüringen. Wir schätzen dieses Engagement. Wir haben das fast 20 Jahre alte **Sportfördergesetz** modernisiert und dafür gesorgt, dass Sport- und Spielanlagen öffentlicher Träger dem Sport künftig weitgehend unentgeltlich zur Verfügung stehen.

INNEN UND KOMMUNALES

Wir haben die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen ausgeweitet und erstmals in einem **kommunalen Bürgerbeteiligungsgesetz** verankert. Die bisherigen Verfahren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden vereinfacht und von der Ortsteil- bis zur Kreisebene direktdemokratische Mitbestimmung ermöglicht.

Wir bilden mehr Polizisten aus: im Jahr 2016 wurde die Anzahl der **neu auszubildenden PolizistInnen** auf 155 und in den Jahren 2017 bis 2019 auf 200 PolizistInnen pro Jahr gesteigert. Auch die Ausrüstung der Thüringer Polizei haben wir verbessert.

Das **Kommunalwahlalter** haben wir auf 16 Jahre herabgesetzt, damit in einer älter werdenden Gesellschaft auch jüngere Generationen ausreichend repräsentiert werden können. Außerdem setzen wir uns für eine ähnliche Regelung bei Landeswahlen ein.

Wir haben die Regeln für die Erhebung von **Straßenausbaubeiträgen** flexibilisiert. Für Straßenbaumaßnahmen ab 2019 können Gemeinden von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen absehen, wenn sie dauerhaft leistungsfähig sind und in den vorhergehenden drei Jahren keine Bedarfszuweisungen vom Land erhalten haben.



EUROPA, KULTUR UND MEDIEN

Thüringens neue **Europapolitische Strategie** zeigt, wie sich Thüringen an der europäischen Zusammenarbeit beteiligen wird und welchen hohen Wert und konkreten Nutzen Europa für unsere BürgerInnen hat.

Mit den neuen Finanzierungsverträgen geben wir den **Theatern und Orchestern** Planungssicherheit bis 2025. Gleichzeitig sorgen wir für mehr Tarifgerechtigkeit bei den Beschäftigten dieser Kultureinrichtungen, fördern die Kooperation der einzelnen Standorte und die Weiterentwicklung künstlerischer Qualität.

Das **Reformationsjubiläum** bietet eine große Chance, Thüringen weltweit Aufmerksamkeit zu verschaffen und uns zugleich der eigenen historischen und kulturellen Wurzeln zu besinnen. Daher haben wir die Finanzierung vieler Projekte im Jubiläumsjahr und die Sanierung zentraler Luther- und Reformationsstätten gesichert.

Mit der Zustimmung zum neuen **Jugendmedien-schutz-Staatsvertrag** hat die Regierungskoalition



HAUSHALT UND FINANZEN

Die Koalitionspartner haben sich darauf geeinigt, in den Haushaltsjahren 2017 zusätzliche **Investitionen** in die Zukunft des Landes vorzunehmen, um bestehenden Investitionsstau abzubauen.

Unter der rot-rot-grünen Landesregierung wird die **Schuldenbremse**, die Thüringen in der Landeshaushaltsordnung verankert hat, eingehalten. Alte Verbindlichkeiten werden schrittweise getilgt. Die Gesamtverschuldung des Landes sinkt.

Bereits in der Vorgängerregierung hat die SPD-Fraktion für eine bessere Vorsorge für die Verpflichtungen des Landes in Bezug auf die Pensionen der Beamten gekämpft. Was damals am Widerstand der Union scheiterte, wird jetzt möglich. Thüringen wird in Zukunft für alle neuen Beamten durch eine zusätzliche Tilgung von Schulden vorsorgen – ein in Deutschland bisher einmaliges Modell **finanzpolitischer Nachhaltigkeit**.

Auch die Finanzverwaltung in Thüringen benötigt gut ausgebildetes Personal, das unerlaubte Steuer-

tricks aufdecken kann. Deshalb haben wir die **Steuerverwaltung gestärkt** und dafür gesorgt, dass die Ausbildungszahlen im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung deutlich aufgestockt wurden. Seit 2015 beginnen jährlich 75 junge Menschen im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung in Gotha ihre Ausbildung zum Finanzbeamten. Und ab 2018 sollen es noch mehr werden.

Mit dem kommunalen Investitionspaket und dem Landesinvestitionsprogramm werden wir bis 2019 mehr als 20 Millionen Euro in die **Bewahrung und die Sanierung von Bau- und Kunstdenkmälern** sowie von historisch bedeutsamen Industriebauten investieren.

Wir wollen die Kulturförderung im Freistaat durch ein neues **Kulturgesetz** auf eine verbindliche und verlässliche Grundlage stellen.

Der inzwischen über 25 Jahre alte **MDR-Staatsvertrag** muss novelliert werden, um ihn an die zunehmende Digitalisierung aller Medienangebote anzupassen. In den MDR-Gremien wollen wir zudem künftig weniger Staats- und Parteienvertreter haben, dafür mehr Vertreter der Arbeitnehmerschaft und den Medienstandort Thüringen insgesamt stärker in den Fokus rücken.

JUSTIZ, MIGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ



JUSTIZ, MIGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Um die Kommunen zu entlasten und menschenwürdige Unterbringung ankommender Geflüchteter zu gewährleisten, bekommen Kommunen mehr finanzielle Unterstützung, wenn sie Gemeinschaftsunterkünfte einrichten. Außerdem haben wir eine weitere so genannte **Investitionspauschale** für die Einrichtung von Einzelunterkünften geschaffen.

Wir haben dafür im Doppelhaushalt 2016/2017 die Voraussetzungen geschaffen, um auf lokaler Ebene das vorhandene **Quartiersmanagement** auf die Arbeit mit Geflüchteten auszuweiten. Auf regionaler Ebene können IntegrationsmanagerInnen die besonderen Herausforderungen von Integration beim Landkreis bündeln. Auf Landesebene unterstützen und vernetzen die EhrenamtskoordinatorInnen die verschiedenen Akteure.

Mit der Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** (eGK) für Flüchtlinge und Asylbewerber haben wir den Zugang zu Gesundheitsversorgung für Geflüchtete in Thüringen erleichtert und die Verwaltung entlastet.

Die demographische Entwicklung der Beschäftigten zeigt sich in der Thüringer Justiz besonders drastisch. Durch Neueinstellungen und eine Einstellungsreserve wollen wir einen schrittweisen Generationswechsel erreichen und so die **Arbeitsfähigkeit der Justiz** sicherstellen. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden bereits 49 neue Beschäftigte als RichterInnen und StaatsanwältInnen eingestellt.



Im Haushalt 2015 und dem Doppelhaushalt 2016/2017 wird die wichtige Arbeit der **Verbraucherzentrale** Thüringen sichergestellt. Dabei konnten wir Finanzierungslücken beim Beratungspersonal ausschließen und den erhöhten finanziellen Bedarf berücksichtigen.

Mit einem **Integrationskonzept** sollen die Aufgaben der Integration, die in verschiedenen Bereichen wie Justiz, Kommunales oder Soziales gebündelt werden und einen Rahmen für unsere zukünftige Arbeit vorgeben. Das Integrationskonzept gibt nicht nur inhaltlich vor, wie wir Integration in Thüringen gestalten wollen, sondern es muss sich auch im nächsten Doppelhaushalt 2018/2019 widerspiegeln.

Neben dem EU-Schulprogramm finanzieren wir weiterhin auch Projekte für eine **gesunde Verpflegung in der Kita und der Schule**. Im Dialog mit den verschiedenen Akteuren soll das Bewusstsein für gesunde Ernährung bei Kindern, Eltern, ErzieherInnen, LehrerInnen und Caterern gefördert werden.

Vorhandene Modellprojekte für einen **elektronischen Rechtsverkehr**, also digitaler Schriftverkehr mit der Justiz, wollen wir ausweiten. Die Einführung der e-Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs werden die Arbeit der Justiz mittel- bis langfristig verändern und effektiver gestalten. Dafür müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen.